

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

01.06.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>Russlandtag: Kritik an Schwesigs Weg</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 01.06.2021</i> .....	3
2   <b>Baerbock will Nord Stream 2 stoppen</b> <i>Märkische Oderzeitung - Frankfurter Stadtbote, 01.06.2021</i> .....	5
3   <b>Mitreden bei der Suche nach Atom-Endlager</b> <i>Donau Zeitung, 01.06.2021</i> .....	6

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 01.06.2021 | S. 10

📄 Auflage: 29.728 | Reichweite: 71.950

👤 Frank Pubantz

## AUßENHANDEL UND POLITIK

# Russlandtag: Kritik an Schwesigs Weg

## Ministerpräsidentin lädt zu Wirtschaftstreffen in Rostock ein. Die Veranstaltung ist höchst umstritten.

Heiß umstritten: Am Mittwoch lädt die Landesregierung mit **Industrie-** und Handelskammern zum vierten Russlandtag ein. Angesichts der Krise in Weißrussland mit russischer Rückendeckung, der Ukraine-Krise seit 2014 und anhaltender Menschenrechtsverletzungen im Putin-Reich ein aufgeladenes Thema. Kann ein Bundesland so einfach über gute **Wirtschaftsbeziehungen** mit Russland plaudern, wenn Deutschland oder gar Europa politisch auf Gegenkurs sind? Im Ranking der wichtigsten Handelspartner MVs ist Russland auf Platz 15 zurückgefallen.

Der Russlandtag wird überwiegend als Online-Format abgehalten. Kamen früher Hunderte Politiker oder **Wirtschaftsbosse** nach Rostock, zwingt die Corona-Krise zu Distanz. Und doch ist das Teilnehmerfeld prominent besetzt. Russlands Vize-Industrieminister Wassilij Osmakow und der Gouverneur des Leningrader Gebiets, Aleksander Drosdenko, werden online zugeschaltet sein, mit Schwesig, dem russischen Botschafter Sergej Netschajew und Unternehmern über Zusammenarbeit reden. Friede, Freude, Eierkuchen im Nordosten, während Europa Russland mit Sanktionen überzieht?

Scharfe Kritik kommt von den Grünen. Die Stralsunder Bundestagsabgeordnete Claudia Müller attestiert der Regierung Schwesig eine „außenpolitische Bankrotterklärung“. Die russische Zivilgesellschaft werde „drangsaliert“, daher seien die Signale aus Schwesig „haarsträubend“. Müller: „Klimaschutz und Menschenrechte sind dieser Landesregierung völlig egal.“ Ökonomische und politische Interessen seien eben nicht voneinander trennbar. Das einseitige Werben um einen **Wirtschaftspartner** sei nicht nachvollziehbar, es brauche eine breiter aufgestellte Ausrichtung. „Die Landesregierung klemmt fest in ihrer rückwärtsgewandten nostalgischen Bruderschaftspolitik mit dem Kreml“, erklärt Müller. Beim Russlandtag wird auch ein Vertreter der Erdgaspipeline **Nord Stream 2**

dabei sein, gegen die sich die Grünen stemmen.

Von „politischer Doppelzüngigkeit“ von Bundes- und Landesregierung beim Umgang mit Russland spricht FDP-Bundestagsabgeordneter Hagen Reinhold. „Die FDP begrüßt es, wenn die **Wirtschaft** des Landes mit der **Wirtschaft** Russlands die weitere Zusammenarbeit bespricht“, so Reinhold. Allerdings müsse sich die Landespolitik „hinterfragen“, ob sie mit dem Russlandtag „nicht falsche Signale setzt“.

Prof. Wolfgang Muno, Politikwissenschaftler der Universität Rostock, hält es zwar für „grundsätzlich richtig“, am Russlandtag festzuhalten. „Allerdings sind die **wirtschaftlichen** Beziehungen nicht um jeden Preis wichtig“, sagte er vor einiger Zeit. „Probleme müssen deutlich und offen angesprochen werden.“

Schwesig bleibt bei ihrer Linie: Ein Dialog mit Russland sei besser als keiner. „Wir wollen in einer guten Startposition sein, wenn die Hemmnisse im Handel mit Russland fallen. Deshalb setzen wir wieder auf Austausch und Zusammenarbeit“, so die Regierungschefin. Dafür gebe es viele mögliche Bereiche. „Ich denke beispielsweise an Umwelttechnik und erneuerbare Energien.“

Die aktuellen Handelszahlen mit Russland deuten nach unten. 2018 rangierte das Riesen-Reich noch auf Platz sechs der MV-Partner, 2020 war es nur Platz 15. Waren im Wert von 380 Millionen seien ausgetauscht worden, heißt es aus der Staatskanzlei. Vor allem der Import von Mineralöl(Erzeugnissen) sei abgeflaut. Mit den Niederlanden als Spitzenpartner kommt MV auf das Vierfache des Warenwertes - 1,5 Milliarden Euro. Weitere Plätze: Polen 1,2 Milliarden, Dänemark 984, Frankreich 820, China 760 Millionen Euro.

Aus der Staatskanzlei heißt es: Die Handelsbilanz sei ein Indikator für **wirtschaftliche** Beziehungen, aber

nicht der einzige. Dass etwa das Großwäzlager der Kirov-Werke in Rostock an den Start ging, sei auf gute Kontakte zurückzuführen.

Auch in der CDU sieht man die Fokussierung auf Russland kritisch. Vor zwei Jahren schlug der Koalitionspartner der SPD im Landtag vor, im Wechsel auch einen Ostseeanrainertag zu veranstalten, um wichtige Handelspartner wie Polen, Schweden oder Dänemark zu erreichen.

Der Russlandtag sei zu einseitig, so CDU-*Wirtschaftsexperte* Wolfgang Waldmüller damals. Heute klingt er da zurückhaltender. Der Ostseeanrai-

nerstag fiel 2020 wegen der Corona-Pandemie aus. Nun habe die Landesregierung „dem Russlandtag offenbar den Vorzug gegeben. Diese Entscheidung respektieren wir“, so Waldmüller. Dennoch sei das zweite Format „richtig und angesichts der mageren Außenhandelsbilanz des Landes auch zwingend notwendig“.

**Zitat-Text:**

**”Die Landesregierung klemmt fest in ihrer rückwärtsgewandten nostalgischen Bruderschaftspolitik mit dem Kreml.” - Claudia Müller, Bundestagsabgeordnete Grüne**

## Baerbock will Nord Stream 2 stoppen

### Pipeline Kanzlerkandidatin hält wegen des Konflikts mit Belarus das Projekt für eine „geostrategische Frage“.

**Berlin.** Angesichts des Konflikts mit Belarus hat Grünen-Chefin Annalena Baerbock ihr Nein zur Pipeline *Nord Stream 2* bekräftigt. Im „Bild“-Politalk sagte die Grünen-Kanzlerkandidatin am Sonntag, das System des belarussischen Machthabers Alexander Lukaschenko habe vor allem deshalb Bestand, „weil es unterstützt wird aus dem Kreml heraus“. Deshalb sei *Nord Stream 2* „eine so zentrale geostrategische Frage“.

Leider könne Europa an dieser Stelle gegenwärtig nicht mit einer Stimme sprechen, „weil die Deutschen ausscheren“, sagte Baerbock. Sie plädierte für einen „Kurs der Härte und des Dialogs gegenüber Russland“.

Daher dürfe die Ostsee-Pipeline „nicht vollendet werden“.

Die Pipeline soll die Kapazitäten für russische Gaslieferungen nach Deutschland deutlich erhöhen. Die Bundesregierung hält an dem neun Milliarden Euro teuren Projekt fest, obwohl es daran Kritik von anderen EU-Staaten gibt, ebenso wie von den USA, die argumentieren, Deutschland und Europa würden sich damit in eine wachsende Abhängigkeit von Russland begeben und dem Gas-Transitland Ukraine schaden.

Belarus ist derzeit unter anderem wegen der erzwungenen Landung eines Passagierflugzeugs in Minsk mit Sanktionen belegt.

📰 Donau Zeitung | 01.06.2021 | S. 26

📄 Auflage: 12.993 | Reichweite: 24.532

## Mitreden bei der Suche nach Atom-Endlager

### Öffentlichkeit und Privatpersonen sind gefragt

**Gundremmingen.** Bei der Suche nach einem *Atom-müll*-Endlager ist auch die Öffentlichkeit gefragt: Vorträge, Plenumsphasen und Arbeitsgruppen warten auf alle, die sich für die zweite digitale „Fachkonferenz Teilgebiete“ anmelden.

Sie dauert von Donnerstag, 10. Juni, 16 Uhr bis Samstag, 12. Juni, 18 Uhr und hat den „Zwischenbericht Teilgebiete“ vom September 2020 zum Thema. Im Landkreis Günzburg liegen zwei mögliche Teilgebiete der bundesweiten Suche nach einem Endlagerstand-

ort für knapp 30.000 Kubikmeter hoch *radioaktiver* Abfälle, steht es in der Pressemitteilung.

Bei der Konferenz geht es auch um die Verringerung der in Frage kommenden Gebiete. Privatpersonen wie auch Vertreter gesellschaftlicher Organisationen sowie der Gemeinden können teilnehmen und Einwendungen oder Anträge vorbringen, die von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (*BGE*) berücksichtigt werden müssen. (dz)